

Geschäftsstelle
c/o Public Health Schweiz
Dufourstrasse 30
3001 Bern
www.pro-salute.ch

Verabschiedet: 23. April 2026



Mitgliederversammlung 2025 von pro-salute.ch in einem Konferenzraum des Bundeshauses. V.l.n.r.: Melanie Eberhard (DVSP), Sara Stalder und Sarah Lengyel (beide SKS), Erich Tschirky und Franziska Casagrande (beide Geliko), Sophie Michaud Gigon (FRC), Felix Wettstein (Präsident), Luana Marbot (Geschäftsstelle), Antonella Crüzer (ACSI), Brigitte Rösli (DVSP), Angelica Jäggi (ACSI).

Jahresbericht 2025

Felix Wettstein, Präsident und Luana Marbot, Geschäftsstelle

Im Jahr 2025 konnten wir uns über eine zunehmende Zahl externer Anfragen freuen. Dies zeigt, dass der Bekanntheitsgrad von pro-salute.ch wächst und dass das Interesse steigt, die Stimme der Prämienzahlenden in Entscheidungsprozesse einzubeziehen – eine sehr erfreuliche Entwicklung. Gleichzeitig bleibt weiterhin viel zu tun, um die Interessen der Versicherten nachhaltig und systematisch zu stärken.

Vor diesem Hintergrund entstand in Zusammenarbeit mit dem *Beobachter* die **Tagung «Faire Prämien jetzt!»**. Die Veranstaltung schaffte eine Plattform, die Prämienzahlende und Fachpersonen aus dem Gesundheitswesen zusammenbrachte. Ziel war es, den Dialog zu fördern und gemeinsam zu diskutieren,

wie die Stimme der Versicherten, der Prämien- und Steuerzahlenden, der Patientinnen und Patienten systematisch in gesundheitspolitische Prozesse eingebracht werden kann. Die Tagung fand am 30. Oktober 2025 in Bern mit rund 80 Teilnehmenden statt.

Begleitend zur Tagung hat der *Beobachter* in Absprache mit pro-salute.ch die **Petition** «Prämienzahlende an den Verhandlungstisch!» lanciert. Die Petition kann weiterhin unterzeichnet werden ([Link](#)).

Weiter konnte pro-salute.ch in diesem Jahr seine Kooperationen durch Austauschgesprächen mit verschiedenen Gesundheitsorganisationen weiter vertiefen, erstmals auch mit H+ Die Spitäler der Schweiz.

Zudem verabschiedete pro-salute.ch je ein Positionspapier zu den Themen «Medikamente» und «Integrierte Versorgung» (siehe auch nachfolgend). Die beiden Positionsbezüge sind auf der [Webseite](#) hinterlegt. Positionspapiere von pro-salute.ch geben den gemeinsamen Nenner der sechs mittragenden Organisationen wieder und dienen der Allianz und ihren Mitgliedern als Orientierung für künftige Stellungnahmen, zum Beispiel an Tagungen, bei der Beratung von parlamentarischen Geschäften, bei Anhörungen oder bei Vernehmlassungen.

Stellungnahmen und Positionsbezüge

Positionierung zum Themenbereich «Medikamente»: pro-salute.ch hat zu aktuellen politischen Fragen rund um Medikamente Positionsbezüge ausgearbeitet. In der ersten Jahreshälfte konnte das entsprechende Positionspapier «Gesundheitspolitik und Medikamente» verabschiedet und veröffentlicht werden. pro-salute.ch fordert unter anderem eine transparente Medikamentenpreisfestlegung, unterstützt die Förderung des Einsatzes von Generika und Biosimilars, die Einführung des E-Rezepts sowie eine partizipative Entscheidungsfindung bei Behandlungen. Das Positionspapier erinnert auch an ökologische Aspekte: Medikamentenverschwendung und Umweltbelastungen sollen vermieden werden. Dazu braucht es die Möglichkeit zur Abgabe von kleineren Einheiten als einer Originalpackung, die regelmässige Überprüfung der Notwendigkeit von Verschreibungen und einen engen Austausch unter den handelnden Fachpersonen und Institutionen, z.B. Pflegeheime, um Übermedikation möglichst zu vermeiden.

Das Thema Medikamente beschäftigte pro-salute.ch ebenfalls im Rahmen der Motion 23.4177 Dobler. Wir wurden zur Anhörung der ständerätlichen Sozial- und Gesundheitskommission (SGK-S) eingeladen und nahmen in der Herbstsession dazu Stellung. Angesichts der hohen finanziellen Belastung für die Patient:innen sollte eine Vergütung von im Ausland gekaufte günstige Medikamente oder Hilfsmitteln durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung ermöglicht werden. Durch dieses Verhalten könnten die Versicherten zur Kosteneinsparung in der Grundversicherung beitragen (Empfehlungsschreiben). Leider lehnte der Ständerat die Motion ab, nachdem sie im Vorjahr im Nationalrat noch eine Mehrheit gefunden hatte.

Positionierung zum Themenbereich «Integrierte Versorgung»: Ende Jahr hat pro-salute.ch das Positionspapier zum Thema integrierte Versorgung verabschiedet. pro-salute.ch sieht eine flächendeckende und verbindliche Koordination von Gesundheitsleistungen als entscheidend an. Sie unterstützt jene Massnahmen, die allen Patient:innen einen gleichberechtigten Zugang ermöglichen. Zudem setzt sich der Verein dafür ein, dass unter dem Begriff «Integrierte Versorgung» nicht nur die interdisziplinäre Zusammenarbeit unter Fachpersonen, sondern auch explizit die Beteiligung von Patient:innen und Angehörigen sowie der Einsatz von Peers als gleichwertige Akteur:innen im Gesundheitswesen verstanden werden.

Teilrevision des Epidemiengesetz: Der Bundesrat lud im Berichtsjahr zur Vernehmlassung über eine Teilrevision des Epidemiengesetzes ein. Die beiden wichtigsten Verbesserungsanträge aus der Eingabe von pro-salute.ch: Erstens soll eine wirksame, transparente und für die Bevölkerung nachvollziehbare Krisenbewältigung in Form eines nationalen Frühwarnzentrums aufgebaut werden. Es soll eine rasche, wissenschaftlich fundierte Lagebeurteilung ermöglichen. Zweitens haben die Erfahrungen mit der Covid-Krise gezeigt, dass es nicht befriedigt, wenn in jedem Kanton andere Regeln gelten. Es braucht verbindliche Mechanismen zur Harmonisierung von Schutzmassnahmen – wenn nicht schweizweit, so doch zwischen Nachbarkantonen derselben Region (Stellungnahme).

Verordnung über die Krankenversicherung (Kosten und Qualitätsziele): Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) «Massnahmen zur Kostendämpfung – Vorgabe von Kosten- und Qualitätszielen», wurde die Regelung eingeführt, wonach der Bundesrat die Kosten- und Qualitätsziele nach Anhörung der Versicherer, der Versicherten, der Kantone und der Leistungserbringer für einen Zeitraum von vier Jahren festlegt. Wir freuen uns, dass mit dieser Gesetzesrevision die Perspektive der Versicherten ausdrücklich in die Zielfindungen einfließen wird, und heben diesen Aspekt in unserer Stellungnahme zum Verordnungsentwurf hervor (Stellungnahme).

Seltene Krankheiten: pro-salute.ch wurde weiter eingeladen, zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung seltener Krankheiten Stellung zu nehmen. Die Allianz schloss sich den Positionen seiner beiden Mitgliederorganisationen SPO und Geliko an: Informations- und Aufklärungsmassnahmen sind entscheidend, um die Versorgung von Patient:innen zu verbessern. Gleichzeitig muss die Finanzierung klar geregelt und ausreichend bemessen sein, damit die Qualität der Angebote gewährleistet bleibt. Zudem soll die bessere Nutzung der verfügbaren Patient:innendaten im öffentlichen Interesse, unter der Wahrung des Datenschutzes, gefördert werden (Stellungnahme).



Podiumsdiskussion an der Tagung «Faire Prämien jetzt!» vom 30. Oktober 2025: vlnr. Otto Hostettler (Beobachter), Kristian Schneider (Vizepräsident von H+ Die Spitäler in der Schweiz, CEO des Spitals Biel), Sara Stalder (Geschäftsführerin Konsumentenschutz), Vanessa Grand (Mitglied des Patientenbeirats der SPO), Nora Wille (Wissenschaftliche Mitarbeiterin der FMH-Präsidentin) und Christoph Kilchenmann (stv. Direktor prio.swiss, Leiter Strukturen und Amtstarife)

Zu den **Sessionen der eidgenössischen Räte** erstellte pro-salute.ch jeweils einen Sessionsbrief (in deutscher und französischer Sprache), der mit Blick auf anstehende gesundheitspolitische Entscheidungen im National- oder im Ständerat Empfehlungen formulierte und diese kurz begründete. Dazu ist jeweils

eine enge Absprache unter den sechs Mitgliedorganisationen nötig: Zur Vergewisserung, dass die Positionsbezüge mitgetragen werden.

Themen waren beispielsweise die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, «Verhandlung der Tarife der Analysenliste» ([24.037](#): Ganz in unserem Sinn wurde nicht darauf eingetreten) und die Teilrevision des Tabakproduktegesetzes ([23.049](#)) zur Umsetzung der angenommenen Volksinitiative «Kinder ohne Tabak». pro-salute.ch empfahl mehrere Motionen zur Ablehnung, die nach unserer Überzeugung nicht im Interesse der Versicherten sind: eine Motion zur Option für Grundversicherungen, die Komplementärmedizin auszuschliessen ([23.3511](#)), eine Motion «Lockerung des Vertragszwangs» ([23.4088](#)), eine weitere zur Erhöhung der Mindestfranchise ([24.3636](#)).

Wir unterstützten diverse Vorstösse, darunter eine Motion zur Stärkung der Hausarztmedizin ([22.4357](#)), welche inzwischen von beiden Räten überwiesen wurde, ebenso wie die Motion für ein Verkaufsverbot von elektronischen Einwegzigaretten ([23.3109](#)) oder die Kommissionsmotion [25.3017](#) für eine bessere interkantonale Spitalplanung. Auch die Motion [23.4535](#) «Erleichterte Zulassung für patentabgelaufene Medikamente» wurde von pro-salute.ch unterstützt; diese lehnte die Mehrheit des Nationalrats allerdings ab. Das gleiche Schicksal, jedoch im Ständerat, erlitt die Motion [23.4177](#) «Medikamentenpreise. Vergütung von im Ausland gekauften günstigen Medikamenten oder Hilfsmitteln durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung», wenn das Rezept in der Schweiz ausgestellt wird. Wie der Bundesrat und der Nationalrat hätte pro-salute.ch dieses Anliegen unterstützt.

Schliesslich meldete sich pro-salute.ch mit Empfehlungen zum Budget 2026 sowie zu gesundheitsrelevanten Kürzungsmassnahmen im Rahmen des «Entlastungspakets '27» und setzte sich – leider ohne Erfolg – für die Weiterführung der «Schweizer Gesundheitsstudie» ein.

Organe, Vereinsführung, Personelles

Am 29. April 2025 fand die jährliche Mitgliederversammlung im Bundeshaus statt. Die sechs Mitgliedorganisationen waren mit je einer bis zwei Personen vertreten. Neu in den Vorstand wurde Brigitte Rösli als Vertreterin des DVSP (Patientenstellen Schweiz) gewählt. Sie ist Präsidentin des DVSP, Co-Präsidentin der Patientenstelle Zürich und arbeitete bereits seit einigen Monaten im Vorstand mit. Im Sommer 2025 nahm Sevan Person (Verantwortlicher Wirtschaft und Gesundheitsprojekte bei der Fédération romande des consommateurs, FRC) die Mitarbeit im Vorstand als Vertretung der FRC auf.

pro-salute.ch wurde eingeladen, Vorschläge für die Wahl der Mitglieder der Eidgenössischen Kommission für das Kosten- und Qualitätsmonitoring in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (EKKQ) für die Amtsperiode 2026 bis 2027 einzugeben. pro-salute.ch unterstützte die Kandidatur von Antonella Crüzer, Geschäftsleiterin der italienischsprachigen Konsument:innenorganisation ACSI. Wir freuen uns, dass Antonella Crüzer in die Kommission gewählt wurde und ab Januar 2026 die Stimme der Patient:innen und Prämienzahlenden vertreten wird.